

## **Antrag**

**der Abgeordneten Richard Seelmaecker, Dr. Anke Frieling, David Erkalp,  
Sandro Kappe, Prof. Dr. Götz Wiese (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Hamburg zum Vorreiter einer sicheren Fahrradpolitik machen:  
Förderprogramm für Fahrradblinker einführen!**

Hamburg hat massive Probleme bei der Verkehrssicherheit. Schuld daran hat vor allem der rot-grüne Senat. Unter der Federführung des Verkehrssenators haben sich Hamburgs Unfallzahlen in dieser Legislatur massiv erhöht, zuletzt auf 58.619 (ein Anstieg um 4,5 Prozent zum Vorjahr). Und das, obwohl es weniger Fahrradverkehr (-4 Prozent) und deutlich weniger Verkehr mit Elektrokleinstfahrzeugen (-19 Prozent in gefahrenen Kilometern) auf Hamburgs Straßen gab. Eine Anfrage der CDU-Fraktion aus dem Januar 2024 lässt weitere Rückschlüsse zu. Der Senat gibt hier Auskunft über die Unfallzahlen im Jahr 2023 bis einschließlich zum 30.11.2023: Alleine bis Ende November sind acht Fahrradfahrer auf Hamburgs Straßen ums Leben gekommen. Im Gesamtjahr 2022 waren es lediglich drei. Auch die Anzahl der verletzten Fahrradfahrer hat sich im Jahr 2023 erneut negativ entwickelt, auf nunmehr durchschnittlich 254 pro Monat. Und das, obwohl weniger Menschen das Fahrrad nutzen! Jeden Tag verletzten sich im Schnitt sieben Fahrradfahrer leicht. An 22 Tagen eines jeden Monats gibt es schwer verletzte Fahrradfahrer zu verzeichnen. Spätestens alle sechs Wochen stirbt ein Fahrradfahrer auf Hamburgs Straßen. Eine insgesamt düstere Bilanz. Mit dem Anspruch des Senats, den Fahrradverkehr in Hamburger weiter massiv ausbauen zu wollen, muss davon ausgegangen werden, dass diese Zahlen jedes Jahr weiter ansteigen. Klar ist, jeder Unfall ist einer zu viel!

In diesem Kontext ist es völlig richtig und unterstützenswert, dass die Ampelregierung in Berlin nun endlich auch Blinker bei normalen Fahrradmodellen erlauben möchte. Denn momentan dürfen lediglich mehrspurige Fahrräder und Räder mit Aufbau mit den sogenannten Fahrtrichtungsanzeigern ausgestattet werden. Gerade bei dunklen Straßenverhältnissen schaffen Blinker an Fahrrädern jedoch einen echten Sicherheitsgewinn. Das sieht auch Roland Huhn vom ADFC so: „Fahrtrichtungsanzeiger sind vor allem bei Dunkelheit besser erkennbar als das Handzeichen und bleiben auch tagsüber während des gesamten Abbiegevorgangs wirksam, bei dem oft beide Hände zum Betätigen der Bremsen benötigt werden“. Auch das Risiko bei unfallanfälliger Linksabbiegen, bei dem es häufig zu folgenschweren Zusammenstößen kommt, könnte durch Blinker minimiert werden. Das Vorhaben wird auch vom Experten für Fahrradpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, Mathias Stein, unterstützt: „Aus meiner Sicht spricht nichts dagegen, das Fahrradfahrende dafür künftig auch elektrische Fahrtrichtungsanzeiger an ihren Rädern nutzen dürfen“. Beim ADAC stößt die Idee ebenfalls auf positive Resonanz: „Gerade ältere Menschen mit körperlichen Einschränkungen wird der Zugang zum Rad mit der elektrischen Unterstützung erleichtert. Das Handzeichengeben fällt ihnen oft schwer, da eine Hand vom Lenker genommen werden muss“. Unterstützung findet die Idee auch beim Deutschen Verkehrssicherheitsrat: „Abbiegevorgänge werden sicherer, weil beide Hände am Lenker bleiben, und insbesondere nachts ist die Abbiegeintention für andere Verkehrsteilnehmende besser sichtbar. Zusammenstöße mit linksabbiegenden Fahrradfahrenden ziehen oft schwerwiegende Verletzungen nach sich und könnten so reduziert werden.“

Einzig der verkehrspolitische Sprecher der GRÜNEN Bundestagsfraktion, Stefan Gelbhaar, äußert sich skeptisch: „Blinker an normalen Straßenrädern werden die Verkehrssicherheit nicht erhöhen“. Weiter argumentiert Gelbhaar, dass normale Straßenräder für Blinker zu schmal seien, sodass die Richtungsanzeige kaum wahrgenommen werden könne. Eine fatale Fehleinschätzung, denn gute und sichtbare technische Lösungen für Fahrradblinker sind am Markt längst vorhanden. Klar ist, dass Blinker an Fahrrädern viele, teils schwere, Unfälle effektiv verhindern würden. Jetzt kommt es darauf an, dass Hamburg zum Vorreiter bei Fahrradblinkern wird!

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

**Der Senat wird ersucht,**

1. sobald die bundesrechtliche Nutzung von Blinkern an Fahrrädern ermöglicht wird, eine Kampagne aufzusetzen, die für die Anbringung von Blinkern an Fahrrädern in der Hansestadt wirbt;
2. sobald bundesrechtlich die Nutzung von Blinkern an Fahrrädern ermöglicht wird, ein Förderprogramm aufzulegen, sodass die Anbringung von Blinkern für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen kostenneutral erfolgen kann;
3. die Verkehrserziehung dahin gehend anzupassen, als dass bereits im Grundschulalter die Nutzung von Blinkern beim Erlernen des Fahrradfahrens einstudiert wird;
4. der Bürgerschaft bis zum 31.07.2024 zu berichten.